



# Bundestags- brief

Nr.246 • Die Woche im Bundestag • 12.04.2019



**Prof. Monika  
Grütters MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## **30 Jahre nach dem Ende des Schießbefehls an der Mauer: Der Opfer gedenken und die Erinnerung wach halten.**

In diesem Jahr erinnern wir an die Aufhebung des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze vor 30 Jahren. Dabei sind die Spuren des DDR-Grenzregimes drei Jahrzehnte nach der Friedlichen Revolution nahezu verschwunden: die Mauer, die Zäune, die Wachtürme, die Schussapparate und Minen, das schwere Kriegsgeschütz und die Maschinengewehre sind zum Glück Geschichte.

Doch die Grausamkeit dieses Grenzregimes lässt sich auch ohne sichtbare Spuren vergegenwärtigen: etwa in den Dienstanweisungen, die Menschen in kalter Technokratenrede im wahrsten Sinne des Wortes zum Abschuss freigaben.

Die 1977 für die Grenzregimenter erlassene Dienstverordnung DV 718/0/002 zum „Einsatz der Grenztruppen zur Sicherung der Staatsgrenze“ erteilte in präziser Verwaltungsdeutsch Instruktionen zur Verfolgung so genannter „Grenzverletzer“ und formuliert unmissverständlich, was dabei erwartet wurde: „Die Verfolgung hat das Ziel, Grenzverletzer in kürzester Zeit und unter Ausnutzung des Geländes festzunehmen oder zu vernichten.“

Wer sich den Traum von Freiheit nicht nehmen ließ, bezahlte unter Umständen mit dem Leben, so wie die mindestens 138 Toten an der Berliner Mauer und die weiteren mindestens 140 Menschen, die im Vergleichszeitraum zwischen 1961 und 1989 an der innerdeutschen Grenze ihr Leben verloren.

Jedes einzelne Schicksal erzählt von der Unmenschlichkeit der SED-Diktatur und von der Gnadenlosigkeit eines totalitären Regimes; und jede dieser Geschichten findet eine Fortsetzung in weiteren Geschichten von Leid und Unrecht.

Denn auch die Familien und Freunde der „Grenzverletzer“ wurden massiv ausgespäht und sahen sich den Schikanen, Repressionen und Zermürbungsstrategien der Stasi ausgesetzt.

Zur notwendigen Aufarbeitung der SED-Diktatur gehört aber natürlich - über das Erinnern und Gedenken an die Opfer, über die Auseinandersetzung mit ihren Schicksalen hinaus - auch die umfassende Erforschung der DDR-Geschichte und des SED-Unrechts.

Es braucht den nüchternen Blick und die distanzierte Perspektive einer freien, politisch und ökonomisch unabhängigen Wissenschaft, die sich an fachlichen Standards orientiert und die Ergebnisse ihrer Arbeit in der Fachwelt wie auch in der Öffentlichkeit zur Überprüfung und Diskussion stellt. Nationales Gedächtnis und Erinnerungskultur einer Demokratie müssen auf historischen Fakten beruhen. Dazu gehört selbstverständlich auch, dass die fachliche Auseinandersetzung mit den Ergebnissen freier Forschung der Wissenschaft überlassen bleibt.

Deshalb fördert und betreut die Bundesregierung auf der Grundlage der Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes umfassend die wissenschaftlich fundierte Aufarbeitung der SED-Diktatur - beispielsweise durch den BStU, also die Stasiunterlagenbehörde, die Stiftung Aufarbeitung, die Stiftung Berliner Mauer und in weiteren Gedenkstätten und Museen.

Ich bin überzeugt: Die Auseinandersetzung mit den Diktaturerfahrungen des 20. Jahrhunderts kann helfen, den politischen Gegnern der europäischen Idee entschieden entgegen zu treten, und sie kann auch motivieren, für Freiheit und Demokratie einzustehen. Dafür brauchen wir die Unterstützung der Wissenschaft und die Arbeit unserer Gedenkstätten.

### **Wohnraum entsteht durch Bauen. Nicht durch Enteignungen.**

Seit einigen Jahren ist ein starker Zuzug in die Ballungsgebiete zu verzeichnen. Nicht nur unsere Hauptstadt Berlin, sondern auch viele andere deutsche Großstädte wie Hamburg, Frankfurt, München, Leipzig, und viele weitere wachsen kräftig. Aber auch im ländlichen Raum sind bezahlbare Häuser und Wohnungen ein großes Thema. Deutschlands Bevölkerung wächst. Wohnungen werden knapp, die Mieten steigen. Wir alle merken, dass die Frage des bezahlbaren Wohnraums die neue soziale Frage ist.

Klar ist dabei: Wohnraum schafft man nicht durch Enteignungen. Durch Enteignungen entsteht nicht eine Mietwohnung zusätzlich, sondern im Gegenteil: Investoren werden abgeschreckt. Wir in der Union kennen den richtigen Ansatz: Bauen, bauen, bauen. Wir gründen unsere Baupolitik auf 4 Säulen: Erstens brauchen wir deutlich mehr Bauland. Zweitens müssen wir effizienter und schneller bauen können. Drittens benötigen wir genügend Finanzmittel für Bauvorhaben. Und viertens darf der ordnungspolitische Rahmen, das Mietrecht, keine unverhältnismäßigen Hürden aufbauen, die eine Bautätigkeit verhindern. In diesem Sinne hat die Projektgruppe Wohnen unter Leitung von Ulrich Lange und intensiver Mitarbeit vieler Abgeordneter zahlreiche Ideen entwickelt, die wir in den kommenden Wochen nach und nach vorstellen.

Bauland werden wir nur gewinnen, wenn auch die Länder und Kommunen mitwirken. Ein Musterbeispiel ist das Land Berlin. Wenn man das Tempelhofer Feld mit rund 300 ha mitten in der Stadt brach liegen lässt, muss man sich nicht wundern, wenn die Menschen mangels Wohnraum auf die Straße gehen.

### **53% der Deutschen gemäß Body Mass Index (BMI) übergewichtig.**

Wie das Statistische Bundesamt anlässlich des Weltgesundheitstages am 7. April mitteilte, waren nach Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2017 rund 53 % der Bevölkerung ab 18 Jahre gemäß der festgelegten Definition der Weltgesundheitsorganisation übergewichtig.

Der BMI wird errechnet, indem das Körpergewicht (in Kilogramm) durch das Quadrat der Körpergröße (in Metern) geteilt wird.

Die WHO stuft Erwachsene mit einem BMI über 25 als übergewichtig ein. Mit einem Wert über 30 gelten Erwachsene als stark übergewichtig (adipös). Der Anteil der adipösen Menschen betrug 2017 rund 16 %.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt, Weltgesundheitsorganisation)*

### **Europäisches Datum – Das Karfreitagsabkommen vom 10. April 1998.**

Vor 21 Jahren unterzeichneten Repräsentanten der britischen und irischen Regierungen sowie der Parteien in Nordirland das sogenannte „Good Friday Agreement“, das Karfreitagsabkommen.

Nach Jahrzehnten der Gewalt mit insgesamt etwa 3500 Todesopfern beendete das Abkommen den nordirischen Bürgerkrieg zwischen protestantischen Unionisten und irischen Nationalisten.

Neben dem Verzicht auf Gewalt und die Entwaffnung aller paramilitärischer Gruppen beider Seiten sah es eine Amnestie für die Kämpfer vor und legte die Bildung eines nordirischen Parlamentes sowie die Möglichkeit eines Referendums zur Wiedervereinigung mit der Republik Irland fest.

Durch das Brexit-Votum rückt das Abkommen wieder verstärkt in den Fokus, denn durch den Austritt Großbritanniens aus der EU könnte auf der irischen Insel wieder eine „harte“ Grenze inklusive regelmäßiger Kontrollen entstehen. Die EU, aber auch die britische Regierung, haben in den vergangenen Monaten immer wieder betont, auf eine solche Grenze verzichten zu wollen. Mit dem fertig verhandelten Abkommen zum Austritt Großbritanniens aus der EU würde genau das erreicht. Jedoch hat das britische Unterhaus dieses Abkommen bereits dreimal abgelehnt. Nun ist es an den Briten, zügig zu erklären, wie sie sich einen geordneten Austritt bei gleichzeitiger Respektierung des Good-Friday-Abkommens vorstellen.

*(Quelle: Deutschlandfunk, Süddeutsche Zeitung)*